

75 JAHRE WANNSEE-KONFERENZ: WAS DIE ERINNERUNG AN DEN HOLOCAUST IN DER GEGENWART BEDEUTET



Vor 75 Jahren Tagungsort des berühmten Nazi-Treffens, heute ein Ort der Erinnerung: Die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz.

FOTO: DPA

Treffen der Schreibtischtäter

VON ESTEBAN ENGEL

Nur anderthalb Stunden, dann war alles besprochen. Die 15 Männer, die sich am 20. Januar 1942 in einer Villa am Berliner Wannsee trafen, gönnten sich zum Abschluss einen Cognac, wie Adolf Eichmann, einer von ihnen, später in seinem Prozess in Jerusalem aussagte. Die Vertreter der Ministerien und des NS-Machtapparats hatten sich auf Einladung von Reinhard Heydrich, dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, in idyllischer Lage über einen millionenfachen Mord verständigt: die „Endlösung der Judenfrage“.

Sechs Teilnehmer erlebten das Kriegsende nicht. Vor Gericht kamen fünf, nur bei Eichmanns Prozess spielte die Konferenz eine bedeutende Rolle. Josef Bühler, der am Wannsee das „Generalgouvernement“ im besetzten Polen vertrat, erklärte vor dem Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg, man habe über eine „humanitäre“ Umsiedlung der Juden gesprochen.

Lügen, verschleiern, abstreiten, um die eigene Haut zu retten: Die meisten Teilnehmer der Konferenz, die den Zweiten Weltkrieg überlebten, spielten die Bedeutung des Treffens herunter, wie der Historiker Peter Longerich in einem neuen Buch über die Konferenz schreibt. Tatsächlich erscheint die Konferenz auf den ersten Blick vor allem als ein formaler Akt. Heydrich war an den Wannsee mit einem Blankoscheck von „Reichsmarschall“ Hermann Göring gefahren und sollte den Staatsapparat auf Linie bringen. Die Beamten sollten als Mittäter und Mitwisser „festgenagelt“ werden, wie Eichmann später in Jerusalem aussagte.

75 Jahre danach beschäftigt das Treffen der Schreibtischtäter und das Protokoll der Konferenz noch immer die Historiker. Von dem 15 Seiten langen Papier mit dem Stempel „Geheime Reichssache“ verschickte Adolf Eichmann 30 Kopien – nur eine ist erhalten. Das Protokoll ist ein Schlüsseldokument des Holocaust, das Treffen das Sinnbild für seinen kaltblütig-bürokratischen Vollzug. Weitgehend unstrittig ist, dass auf der Konferenz nicht, wie immer wieder dargestellt, die Ermordung der europäischen Juden beschlossen wurde. Schon zu dem Zeitpunkt waren Hunderttausende von ihnen systematisch getötet worden.

Schriftliche Spuren vernichtet

Dennoch bleibt das Protokoll einzigartig, wie Historiker Longerich betont. Kein anderes Dokument reflektiert in solcher Klarheit den Weg und die Absichten der Nationalsozialisten. Adolf Hitler, „Reichsführer SS“ Heinrich Himmler und Heydrich hatten bis sich dahin fast nur mündlich verständigt, schriftliche Spuren wurden vernichtet. In kaum verklausulierter Form zeichnet das Wannsee-Dokument den Gesamtplan nach. Deutlich wird dabei, dass neben SS, Sicherheitsdienst und Sicherheitspolizei auch Reichskanzlei, Justiz, Innenministerium, Auswärtiges Amt, die Besatzungsbehörden und die NSDAP beteiligt waren.

Kaum verhüllt wird der Weg in den Tod beschrieben, penibel die Zahl der Juden Europas mit elf Millionen Menschen festgehalten. Der Kontinent sollte „vom Westen nach Osten durchgekämmt“, die „evakuierten Juden“ in „Durchgangsgghettos“ gebracht werden. Die Arbeitsfähigen sollten Straßen bauen, „wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird“. Die Überlebenden sollten „entsprechend behandelt“ werden. „Vernichtung durch Arbeit“, lautete der Befehl. Heydrich drängte auch darauf, den Kreis der Opfer auszuweiten. Es wurde festgehalten, wie Juden und „Mischlinge“ ersten und zweiten Grades zu behandeln seien.

Hatten die Beamten die Befugnis zu einer solch weitreichenden Entscheidung? Für Norbert Kampe, den früheren Direktor der Gedenkstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“, ist das ausgeschlossen. Ohne Absicherung von oben hätten die Ministerialbürokraten ein solches Programm nicht beschließen können. „Die Entscheidung ist früher gefallen.“ Adolf Hitler selbst hielt den Befehl für den Völkermord wohl nie schriftlich fest. „Das passte nicht zu ihm, Hitler hasste die Bürokratie“, sagt Kampe. Doch Hitler war unzweideutig: Weltweit sollten die Juden für die Niederlage im Ersten Weltkrieg büßen, sie seien auch die Urheber des neuen Krieges. „Solche Tiraden Hitlers wurden von der NS-Spitze auf die unteren Ebenen als Handlungsanweisungen weitergeleitet“, sagt Kampe.

Longerich sieht den Weg zur „Endlösung“ als Klammer der deutschen Besatzungs- und Bündnispolitik. Mit dem voranschreitenden Krieg sollten auch die Juden Europas ermordet werden. Die Konferenz spiegelte ein radikales Umdenken in der deutschen Führungsschicht über die weitere Ausrichtung der „Judenpolitik“. Die „Endlösung“ wurde mit der Konferenz in den Dienst des Krieges gestellt. Nach Heydrichs Vorstellung sollten nach einem Sieg alle Juden Europas in den Osten verschleppt und dort durch eine Mischung aus Zwangsarbeit, unerträglichen Lebensbedingungen und Massenmorden zugrunde gerichtet werden.

Den Vollzug seines Plans erlebte Heydrich nicht mehr. Der „Reichsprotector von Böhmen und Mähren“ wurde im Mai 1942 von Widerstandskämpfern in Prag bei einem Bombenanschlag schwer verletzt, wenige Tage später starb er.

„Es gab Handlungsspielräume für jeden“



Elke Gryglewski ist stellvertretende Direktorin der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und spricht am Mittwoch, 25. Januar, in Bremen zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

Frau Gryglewski, Sie sagen Sie einem 16-Jährigen, der keine Lust hat, den Holocaust „schon wieder“ im Geschichtsunterricht durchzunehmen?

Elke Gryglewski: Ich frage ihn, warum das so ist. Ganz oft geht es nämlich gar nicht um das Thema Holocaust, sondern um die Methoden. Manchmal ist es so, dass dieses Thema im Unterricht sehr oft und immer wieder in der gleichen Form behandelt wird. Dann finde ich es auch legitim, wenn gesagt wird, „nicht schon wieder“. Außerdem verwehren sich Jugendliche auch gegen Erwartungshaltungen, die an sie gestellt werden.

Verspüren Sie also keine Verdrossenheit junger Leute gegenüber dem Holocaust?

Nicht grundsätzlich. Natürlich gibt es Jugendliche, die sich nicht mit dem Thema beschäftigen wollen oder rechte Einstellungen haben. Es ist aber falsch und viel zu verkürzt, wenn man sagt, dass junge Leute sich im Allgemeinen nicht mehr für diesen Teil der deutschen Geschichte interessieren. Das stimmt einfach nicht. Oft gibt es eine große Empathie gegenüber den Opfern und ein Interesse zu verstehen, wie das möglich war. Das ist alles eine Frage der Vermittlung und der Methoden.

Wurden also lange Zeit die falschen Methoden angewendet?

Es beginnt bei der eigenen Glaubwürdigkeit. Erwachsene delegieren diese Fragen immer an die Jugend und verhalten sich selbst nicht dazu. Es wird immer gesagt, dass man aus der Geschichte lernen muss, dass bestimmte Dinge nicht mehr passieren dürfen. Nur: Diejenigen, die das permanent predigen, leben nicht danach. Junge Leute sind sehr gut darin, das zu erkennen.

An wen denken Sie hier?

An den öffentlichen Diskurs. Es gibt immer wieder Situationen, in denen das deutlich wird. Parallel zur Eröffnung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas zum Beispiel wurden Abschiebegesetze gegen Roma diskutiert. Da besteht eine Diskrepanz zwischen der Wichtigkeit, die den Lehren aus der Geschichte zugewiesen werden, und der realen Politik, in der Ausgrenzung weiter praktiziert wird – junge Leute nehmen das wahr. Außerdem gibt es sehr breite Wissenslücken.

Wie gehen Sie gegen diese vor?

Die Wissensvermittlung muss die jungen Leute einbeziehen. Die Frage ist, welche Inhalte und Formen junge Leute interessieren und ihnen eigene Zugänge zum Thema ermöglichen. Sie müssen mit ihren Fragen ernstgenommen werden, und man muss ihnen zugestehen, dass sie ihre eigenen Fragen entwickeln. Es ist außerdem methodisch schwierig, wenn immer sofort die ganze Geschichte erzählt wird.

Können Sie es nachvollziehen, wenn gesagt wird, dass die deutsche Erinnerungspolitik

dogmatisch sei und einen Schuldkomplex befördere?

Nein. Es ist ein Mythos, dass man jemals irgendetwas nicht sagen durfte. Es wird die ganze Zeit gesagt, dass man dies oder jenes nicht sagen dürfe, dabei wird es die ganze Zeit gesagt. In der Nachkriegszeit dominierte die Relativierung der NS-Verbrechen. Später fing die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit an, wobei es zu keinem Zeitpunkt so war, dass man etwas nicht sagen durfte. Nachdem man ganz lange nicht über die Vergangenheit sprechen wollte, setzte erst langsam eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit ein. Heute haben wir das Phänomen, dass selbst die Geschichte der Verdrängung positiv gewendet wird. Man hat heute das Narrativ, dass es in der Bundesrepublik anfangs eine große Täterintegration gab, und heute sei die Geschichte glorreich aufgearbeitet. Ohne Zweifel haben wir viel erreicht. Ich glaube aber, dass wir uns mehr in Demut üben sollten. Wir können das Gedenken mitnichten für beendet erklären. Man muss auch sehen, dass die institutionelle Förderung der Gedenkstätten erst Ende der 1980er-Jahre eingesetzt hat. Das ist ein relativ kurzer Zeitraum. Und auch heute bleiben viele geschichtspolitische Fragen offen.

Verhindert die vordergründige Gedenkkultur die wirkliche Auseinandersetzung?

Nein, die Gedenkkultur in diesem Land und in der Gesellschaft sind und bleiben wichtig. Allerdings bleiben offizielle Gedenkfeste bis zu einem bestimmten Grad oberflächlich und insofern auch symbolisch. Dahinter muss die gesellschaftliche Beschäftigung mit den Folgen und Auswirkungen des Holocaust, die nach wie vor bis in die Gegenwart spürbar sind, weitergehen. Und so wird sich auch die offizielle Gedenkkultur weiterentwickeln.

Wie bewerten Sie es in diesem Zusammenhang, dass der AfD-Chef Björn Höcke eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ fordert?

Herr Höcke hat sich bereits mehrfach als rechtsextrem offenbart. Das Problem scheint mir dabei vor allem zu sein, dass andere Parteimitglieder in die Diskussion einsteigen – befürwortend oder ablehnend – und damit seinen Aussagen noch mehr Gewicht verleihen. Es dauert in der Regel nicht lange, und dann kann man seine Aussagen im öffentlichen Diskurs wiederfinden – genau unter der Prämisse „das wird man ja wohl noch sagen dürfen“. Dabei wird vor allem übersehen, dass der geschichtsrevisionistische Diskurs nach 1945 bis in die 1960er-Jahre der dominierende Diskurs war.

Sehen Sie hier auch eine politische Aufgabe?

Wir haben eine politische Aufgabe. Es geht darum, bestimmte Phänomene aufzuzeigen und Begriffe zu verdeutlichen. Wenn der Begriff „völkisch“ wieder salonfähig gemacht werden soll, ist historische Bildung absolut wichtig, um zu verstehen, was das eigentlich bedeutet. Zentral hierbei ist, dass man, wenn Flüchtlingsunterkünfte brennen, nicht sagt: „Das ist wie der Novemberpogrom.“ Vielmehr muss man das Fundament bieten, damit die Leute selbst einschätzen können, was da eigentlich gesagt wird.

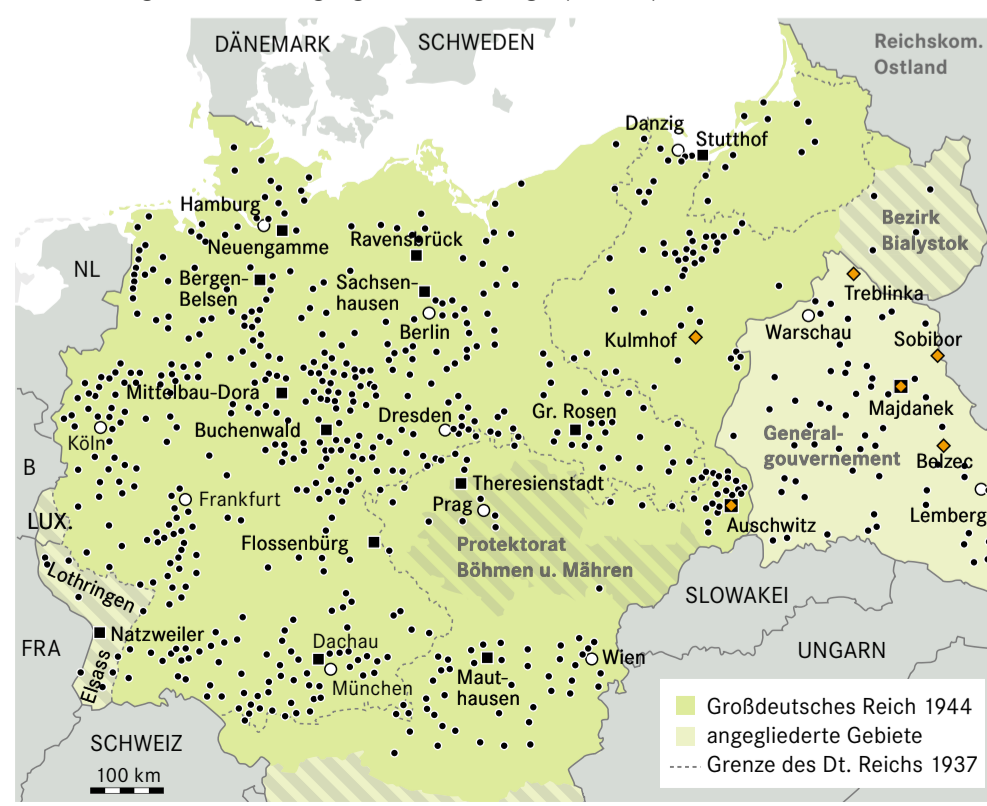
Was haben junge Leute für Fragen an Sie?

Eine der meistgestellten Fragen ist die nach den Handlungsspielräumen. Warum hat sich die Gesellschaft verhalten, wie sie sich verhalten hat? Sprechen wir von Tätern, von Mitläufern oder von Zuschauern? An diesen Fragen haben viele junge Leute ein großes Interesse.

Wie lauten Ihre Antworten?

KONZENTRATIONSLAGER IM DEUTSCHEN REICH

■ Stammlager ◆ Vernichtungslager • sonstige Lager (Auswahl) Stand 1944



Quelle: US Holocaust Memorial Museum, Bundeszentrale für politische Bildung © WESER-KURIER

Ja, es gab Handlungsspielräume. Natürlich muss man im Blick behalten, dass es sich um eine Diktatur handelte. Aber trotzdem gab es Handlungsspielräume für jede und jeden Einzelnen, auch wenn es nicht dieselben sind wie heute. Zur Wahrheit gehört auch, dass viele dieses Regime wollten und in Kauf nahmen, dass es den systematischen Massenmord betrieb. Die Frage nach Handlungsspielräumen impliziert das Bild der drohenden Bestrafung. Das ist nicht ganz falsch, aber der viel geliebte Mythos des Befehlsnotstandes, beispielsweise bei den Massenerschießungen, stimmt nicht. Es gab die Möglichkeit, bei den Erschießungen nicht dabei zu sein.

Fällt die Feststellung, dass es gewisse Handlungsspielräume gab, heute leichter?

Ja und nein. Es ist heute schon einfacher festzustellen, dass die Leute mehr Handlungsspielräume hatten, als oftmals eingeräumt wird. Junge Menschen sind auch unbefangener im Umgang mit der familiären Vergangenheit und bringen auch mal Fotos von Angehörigen in Uniformen mit. Aber wenn sie die Dimension des Verbrechens erfassen, entwickeln teilweise auch junge Leute ein Abwehrverhalten, weil dann eben auch klar ist, dass das nicht so wahnsinnig weit weg ist. Wenn es einen familiären Bezug gibt, werden auch immer wieder Widerstandsgeschichten über die eigene Familie konstruiert.

Sind die Jugendlichen überhaupt das „Problem“?

Das ist eine ganz zentrale Frage. Bei der Vermittlung sind in der Regel Jugendliche adressiert. Ich denke aber, dass es vor allem die Erwachsenen sind, die sich nicht tief und selbstkritisch mit der Geschichte auseinandersetzen wollen und lieber die viel geliebten Mythen tradieren. Eigentlich müssten wir die Erwachsenen als Zielgruppe haben. Immerhin sind 50 Prozent unserer Besucher Erwachsene. Wir haben ein berufsspezifisches Bildungskonzept und bieten auch Seminare für Polizisten, Strafvollzugsbeamte oder Bundeswehrangehörige an und auch für Krankenpflegepersonal, Sozialarbeiter und Berufsgruppen, die vermutlich keinen direkten Bezug zu der Geschichte haben, wie Friseure.

Sie haben Ihre Dissertation zum Thema „Arabisch-palästinensische und türkische Berliner Jugendliche in ihrem Verhältnis zu NS und Shoah“ geschrieben. Ist die Heranführung Jugendlicher mit Migrationshintergrund auch vor dem Hintergrund des Sterbens der Zeitzeugen eine zusätzliche Schwierigkeit?

Zunächst ja, letztlich aber nicht. Das ist ein Auslöser, zu diskutieren, wie man Menschen erreicht, die keinen familiären oder biografischen Bezug zum Holocaust und zur deutschen Geschichte haben. Es geht darum, wie man Konzepte entwickelt, die alle ansprechen. In der Behauptung, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund sich nicht für den Holocaust interessieren schwingt mit, dass die einzigen die noch Nachholbedarf haben, die Migranten beziehungsweise die Muslime seien. Und das ist etwas, das wir aus unserer Arbeit heraus überhaupt nicht bestätigen können. Die Relevanz dieses Themas für die gesamte Gesellschaft bleibt hoch.

Das Gespräch führte Milan Jaeger.